

## Nordostasiens prekäre Sicherheitslage

Die Region braucht multinationale Konfliktbewältigungsstrukturen

von Soong Hee Lee

**Nordkoreas nukleare Ambitionen, Chinas rasanter Aufstieg, Japans neue Militärdoktrin, Russlands Regionalinteressen und die Politik der USA im pazifischen Raum haben eine geopolitische Lage geschaffen, die potenziell gefährlich werden kann: Spannungen und Konflikte in Nordostasien könnten militärisch eskalieren. Was fehlt, ist eine multinationale asiatische Sicherheitsorganisation nach europäischem Vorbild.**



Prof. Dr. SOONG HEE LEE, geb. 1946, lehrt Weltpolitik und Internationale Sicherheit an der Korea National Defense University in Seoul.

Die Sicherheitslage Nordostasiens ist weitaus weniger stabil als die Europas. Im Gegensatz zu Europa, wo Kriege zwischen den Staaten undenkbar geworden sind, existiert in Asien immer noch die Möglichkeit von kriegerischen zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen. Anders als im sicherheitspolitisch institutionalisierten Europa fehlen in Asien auch die gefestigten multinationalen Sicherheitsorganisationen. In mancher Weise erinnert die jetzige Situation dort an die Europas vor dem Ersten Weltkrieg, als aufstrebende regionale Mächte, territoriale Konflikte und problematische bilaterale Beziehungen in einer Katastrophe endeten.

Heutzutage sieht sich Asien einer Reihe kritischer Herausforderungen gegenüber. Chinas bemerkenswerte ökonomische Reformanstrengungen haben Pekings wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einfluss in der Region gestärkt. Es ist zu befürchten, dass die USA als Antwort auf die chinesischen Hegemoniebestrebungen ihre Interessen in der Region noch aggressiver vertreten werden. Japan, durch die wachsende militärische Stärke Chinas beunruhigt, ist bereit, gemeinsam mit den USA ein Gegengewicht zu China zu bilden. Zur gleichen Zeit schlägt Südkorea eine neue außenpolitische Richtung ein, die es von der traditionellen Rolle als gefügiger Alliiertes der USA wegführt. Auch Russland engagiert sich wieder aktiv in der Region, um seine nationalen Interessen neu zu definieren. Schließlich ist Nordkorea zu nennen, welches sich weiterhin als unberechenbares Land darstellt, sodass die Sechsparteiengespräche zwischen Hoffnung und Verzweiflung schwanken.

Manche Beobachter sehen zwar in der wachsenden ökonomischen Interdependenz zwischen China und seinen Nachbarn eine Chance zur Verbesserung der jetzigen instabilen Situation. Doch die Abwesenheit einer multilateralen Sicherheitsstruktur, die bei Spannungen vermitteln könnte, bleibt ein dringliches Problem. Auch die immer konfliktreicheren bilateralen Beziehungen der USA in Nordostasien veranlassen einige Beobachter zu der Frage, ob sie ihre Rolle als Stabilisator in der Region noch wahrnehmen können.

Nach einer Ruhephase in den Beziehungen zwischen China und den USA, in der Washington die Schwerpunkte auf das wirtschaftliche Engagement Chinas, die Kooperation gegen Terrorismus und die Stabilität in der Taiwan-Straße legte, ist die Aufmerksamkeit der USA nun wieder zum militärischen und ökonomischen Aufstieg Chinas als einer Herausforderung für die amerikanischen Sicherheitsinteressen zurückgekehrt. China steht bisher weitgehend außerhalb von multilateralen Regimen bzw. Rahmenbedingungen, abgesehen von seiner Mitgliedschaft in globalen Institutionen wie den UN oder der WTO. Chinas ökonomische Reformen haben das bankrotte sozialistische System in eine aufstrebende, unregulierte und offene Marktwirtschaft verwan-

delt. Seit Anfang dieses Jahrzehnts hat China die USA als wichtigsten Handelspartner in Nordostasien abgelöst. Japan, Südkorea, Taiwan und Singapur exportieren schon jetzt mehr nach China als in die USA, und sie investieren dort auch mehr. Diese Tendenz überall in der Region verdeutlicht, dass das Wachstum, die Beschäftigung und die politische Stabilität nordostasiatischer Ökonomien mehr von China als von den USA abhängen.

China stellte für die USA schon immer ein großes Rätsel dar. Washington hat keine Ahnung, wie es mit einer solchen Macht umgehen soll. Die Volksrepublik ist für die USA weder ein klarer Freund noch ein Feind. Sie ist gleichzeitig eine strategische Bedrohung und ein kritischer Handels- und Investitionspartner. Die amerikanische Herangehensweise an den Aufstieg Chinas unterscheidet sich sehr von der europäischen. Europa sieht in der VR China nur einen ökonomischen Konkurrenten, wohingegen die USA die jährlichen Erhöhungen des chinesischen Militärhaushalts mit Sorge betrachten. In jedem Jahresbericht des US-Verteidigungsministeriums über die militärischen Kapazitäten der VR China steht die Warnung über das Anwachsen der chinesischen Streitkräfte auf dem Festland gegenüber Taiwan sowie über die chinesischen Bemühungen, asymmetrische Kapazitäten zu entwickeln, um die Überlegenheit der US-Navy im Westpazifik zu brechen.

Die wahre Spannungsquelle zwischen Washington und Peking liegt aber in Chinas wachsendem Bedürfnis nach sicherem Zugang zu Energiequellen und Rohstoffen. Durch die steigende Nachfrage nach Energie wird China politisch immer mehr in jenen instabilen Regionen aktiv, wo die USA bisher ein Einflussmonopol besaßen: in Afrika, im Nahen Osten und in Lateinamerika. Darüber sind die USA nicht gerade glücklich.

Vom chinesischen Standpunkt aus bleibt die strategische Position der USA in Nordostasien weiterhin unangetastet. Die Beständigkeit der amerikanisch-japanischen Sicherheitsallianz ist für China jedoch sehr besorgniserregend. Washington hat gewissermaßen Tokios uneingeschränkten Rückhalt für die Verteidigung von Taiwan und für seine entschlossene Konfrontationspolitik gegenüber Nordkorea. Die japanischen Truppenverlegungen in den Irak wurden in Peking genau registriert. Die Dislozierung von US-Kampfflugzeugen auf der Kadena Air Base in Japan und in Guam sowie die Fähigkeit der USA, mehrere Flugzeugträgerverbände zu verlegen, sichert der US-Navy jedoch die maritime Vormachtstellung im Westpazifik. In den nächsten Jahrzehnten wird die VR China es nicht schaffen, diese Vormachtstellung der USA im Pazifik zu brechen.

### Misstrauen und Wettstreit um die regionale Hegemonie

Die neu auftretenden Animositäten zwischen China und Japan haben ihre Ursprünge in der chinesischen Wahrnehmung, dass die Bush-Administration chinesisch-japanische Spannungen als Mittel benutzt, um Tokio in eine Eindämmungsstrategie gegenüber China zu drängen. Die chinesisch-japanische Rivalität hat tiefe historische Wurzeln. Heute manifestieren sich diese in der chinesischen Besorgnis über Japans Unterstützung für Taiwan, das WMD-Programm und Ressentiments über Fragen des japanischen historischen Erbes. Koizumis wiederholte Besuche des Yasukuni-Schreins, der nicht nur Japans Kriegsgefallene, sondern auch seine Hauptkriegsverbrecher ehrt, ärgern Peking

China ist für die USA gleichzeitig eine strategische Bedrohung und ein kritischer Handelspartner.

## Die neue Welt der Atomkräfte

sehr. Zwischenzeitlich wurden die Spannungen abgemildert durch die japanische Verfassung und Pekings Einsicht, dass Japans Allianz mit den USA ein Wiedererstarken des japanischen Militärs bisher verhindert hat.

Zwischen China und Japan wächst das gegenseitige Misstrauen.

Aber seit Japan sich von seiner verfassungsrechtlichen Selbstbeschränkung befreit hat und sein Militär wieder rund um den Globus Präsenz zeigt, glauben die chinesischen Strategen, dass die Beziehungen zwischen beiden Staaten einer konfliktreichen Zukunft entgegensehen. In

China meint man, dass Japan nun sowohl militärische als auch ökonomische Macht anstrebe und die Strategie der Selbstverteidigung gegen die Ziele der breiteren kollektiven Verteidigung ausgetauscht habe. Vom japanischen Standpunkt aus werden die zweistelligen Zuwachsraten des chinesischen Verteidigungsbudgets, die rasche militärische Modernisierung und der Aufbau des chinesischen Raketenarsenals als Bedrohung wahrgenommen. Mit den erst kürzlich erworbenen Kilo-Klasse-U-Booten ist China in der Lage, die Hauptversorgungsrouten der japanischen Wirtschaft zu unterbrechen.

So wächst paradoxerweise das gegenseitige Misstrauen parallel zur zunehmenden ökonomischen Interdependenz. Die Herausforderung liegt dabei für Japan wie für China darin, die bilateralen Beziehungen so zu gestalten, dass diese nicht zu einem offenen Konflikt führen.

### Proliferation von Massenvernichtungswaffen

Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen wird auch zukünftig eine Herausforderung für die USA, speziell in Nordostasien, darstellen. Nordkoreas Nachbarstaaten haben in den letzten zwei Jahren auf verschiedene Weise zu dem nuklearen Drama beigetragen. Dabei ist interessant, dass gerade die von Nordkorea weit entfernten Staaten ihren Standpunkt klar und deutlich formuliert haben, während die angrenzenden Staaten eher zurückhaltend reagierten. Bisher schien Moskau eher unbeeindruckt von der gesamten Situation zu sein. Anscheinend betrachtet es die Entwicklung von Nuklearwaffen in Nordkorea nicht als tickende Zeitbombe, sondern sieht darin eher eine Chance, seinen verlorenen diplomatischen Rückhalt in Nordkorea wiederzuerlangen und so ein gewisses Maß an Einfluss in Nordostasien zu behalten.

Bis zur US-Invasion im Irak verhielt sich auch China relativ ruhig. Die chinesische Führung zeigte lange keine Neigung, eine aktivere Rolle im Konflikt um Nordkorea zu spielen. Erst durch die Operation Iraqi Freedom im Frühjahr 2003 aufgeschreckt, ergriff China die diplomatische Initiative und vermittelte multilaterale Gespräche mit Nordkorea. China veranstaltete vier Runden der Sechsparteiengespräche, an denen auch Moskau, Tokio und Seoul teilnahmen. China sprach sich dabei regelmäßig gegen die Androhung internationaler Sanktionen aus. Peking schien zu befürchten, dass solche Maßnahmen möglicherweise tatsächlich das nordkoreanische Regime aushöhlen würden und das Land sich dann dem chinesischen Einfluss entziehen könnte. Die japanische Führung hat ihre eigenen Vorstellungen, aber sie stand in der letzten Nuklearkrise unmissverständlich hinter den USA. Als Folge der nuklearen Enthüllungen Nordkoreas verbot Japan die Auslandsüberweisungen der koreanischen Minderheit im Land nach Pjöngjang. Japans Unterhaus beschloss ein Gesetz, das es der Regierung ermöglicht, einseitige ökonomische Sanktionen gegen Nordkorea zu verhängen und nordkoreanischen Handelsschiffen

das Einlaufen in japanischen Häfen zu verbieten. Die Haltung der USA gegenüber Nordkorea blieb unverändert hart und unnachgiebig. Das sollte aber nicht mit einer kohärenten und effektiven Politik verwechselt werden. Zu verschiedenen Zeitpunkten der Nordkorea-Krise wirkte die Position der Bush-Regierung verwirrt, reaktiv oder schwankend. Derzeit sieht es so aus, als suche die US-Administration noch nach einem internen Konsens, wobei große Differenzen innerhalb der Regierung herrschen. Es wurde erwartet, dass nach der Stabilisierung des Irak Zeit und Kapazitäten für die Lösung des Nordkorea-Problems frei würden, aber dies ist bisher nicht geschehen. Jetzt besteht die Gefahr, dass das Nordkorea-Problem durch die Iran-Krise überschattet wird. Die Bush-Regierung scheint auf eine Verzögerungstaktik gegenüber Nordkorea zu setzen, während Pjöngjang weiterhin versucht, schnell eine erklärte Nuklearmacht zu werden. Verhandlungen im Kontext der Sechsparteiengespräche werden sich auf unbestimmte Zeit verzögern, was im Interesse Nordkoreas liegt, besonders um Konzessionen von Südkorea zu erhalten. Das Forum wird von Pjöngjang scharfsinnig manipuliert, indem es die südkoreanischen Ängste vor einem plötzlichen Kollaps Nordkoreas schürt.

Die Haltung der USA gegenüber Nordkorea war hart, aber nicht kohärent oder effektiv.

Der diplomatische Durchbruch bei den Sechsparteiengesprächen im September 2005 wurde von beiden Seiten unterschiedlich interpretiert. Für Nordkorea war das Abschlusskommuniqué grundsätzlich nur ein Statement, auf dessen Basis weitere Konzessionen gemacht werden könnten. Die USA sahen es dagegen als Nordkoreas Zustimmung zu seiner Denuklearisierung an. Der Durchbruch wurde dringend als Demonstration für einen kurzfristigen Erfolg in einem sehr langen diplomatischen Prozess benötigt. Da ein weiterer Fortschritt bisher aber nicht in Sicht ist, kann dieser sich jedoch leicht bis in die Amtszeit des nächsten amerikanischen Präsidenten hinziehen. Pjöngjangs derzeitiger Raketentest, womit Nordkorea die Amerikaner zu direkten Verhandlungen zwingen und mehr Kompensationen abkassieren will, könnte die Chancen der Sechsparteiengespräche weiter verringern.

Südkorea ist von den Auswirkungen der nordkoreanischen Nuklearkrise am meisten betroffen. Als Pjöngjang am 10. Februar 2005 den Besitz von Nuklearwaffen bekannt gab, waren die Reaktionen in Seoul sehr zurückhaltend. Als die US-Regierung andeutete, dass Pjöngjang Konsequenzen zu befürchten habe, wenn es die Schwelle zum Nukleartest überschreiten würde, insistierte Südkorea, dass der Druck gegen Nordkorea nicht weiter erhöht werden dürfte, weil dies zu einem Rückschlag führen könnte. Die südkoreanische Regierung meinte, der beste Weg zur Lösung der Krise seien geduldige Verhandlungen und eine verstärkte ökonomische Verknüpfung zwischen den beiden koreanischen Staaten. Seouls Haltung gegenüber Pjöngjang stimmt deshalb mehr mit der Haltung Pekings überein als mit der von Washington.

Ein solcher Wechsel illustriert zum Teil Seouls wachsenden Wunsch, den Spielraum seiner nationalen Sicherheitspolitik dadurch zu erweitern, dass es seine seit Jahrzehnten andauernde alte Allianz mit neuen Verbindungen bereichert. Die in Seoul vorherrschende Meinung, China sei die einzige wirkliche Macht, die Einfluss auf Nordkorea ausüben könne, hat Chinas strategischen Wert in den Verhandlungen gesteigert. Die Haltung Südkoreas ist vor dem Hintergrund zu verstehen, dass China die Sechsparteiengespräche ermög-

## Die neue Welt der Atomkräfte

licht und strategischen Einfluss auf Nordkorea besitzt, weil es Öl und Lebensmittel dorthin liefert. Seoul hat es bisher gewissenhaft vermieden, Schritte zu unternehmen, die China verärgern könnten.

Beim ersten Treffen der Strategischen Konsultation für die Alliierte Partnerschaft im Januar erzielten die USA und Südkorea eine Vereinbarung zur Frage der strategischen Flexibilität der US-Streitkräfte in Südkorea. Darin verpflichteten sich die USA, Südkoreas Position, „dass es sich nicht an einem regionalen Konflikt in Nordostasien gegen den Willen der südkoreanischen Bevölkerung beteiligen wird“, zu respektieren.<sup>1</sup> Der Wunsch Seouls, eine ausgeglichene Sicherheitspolitik zu verfolgen, ist eine angemessene Antwort auf

Die Mehrheit der Südkoreaner ist gegen den Rückzug amerikanischer Truppen.

das immer unsicherer werdende Sicherheitsumfeld, von dem es sich umgeben sieht. Wenn sich die amerikanisch-südkoreanische Allianz den heutigen strategischen Umständen anpassen und weiterhin prosperieren soll, ist es sehr wichtig, dass der einseitige Dialog zu einem gegenseitigen Austausch weiterentwickelt wird. Eine solche Allianz wäre dann weniger von der Politik der USA und ihren Interessen beeinflussbar.

Trotz dieser südkoreanischen Ansprüche ist die Mehrheit der Südkoreaner gegen den Rückzug amerikanischer Truppen. Es gibt gute Gründe für Südkorea, mit dem derzeitigen Verhältnis zu den USA zufrieden zu sein. Heute sind Frieden und Stabilität auf der Koreanischen Halbinsel ohne den gemeinsamen Verteidigungspakt nicht denkbar. Seoul kann sich nicht von der Bindung der US-Politik lösen, selbst wenn es versucht, sich strategisch von Washington zu entfernen. Trotz kleiner Fortschritte in der Annäherung zwischen Süd- und Nordkorea ist es eher unwahrscheinlich, dass Nordkorea seine Sichtweise gegenüber den beiden Mitgliedern der Allianz ändern wird und Südkorea nicht mehr als potenzielles Vergeltungsziel ansieht. Die wichtigste internationale Frage für Seoul wird sein, wie sich die Beziehungen zwischen den USA und China entwickeln. Südkorea ist nicht gewillt, sein Überleben als prosperierende Nation zu riskieren, indem es sich zwischen die USA und China stellt.

Nordostasien benötigt parallel zu den bisher existierenden bilateralen Organisationen ein multilaterales System. Die bisherigen multilateralen Organisationen Asiens genügen diesen Ansprüchen nicht. Die schwerfällige Struktur sowie die geographische Reichweite machen die APEC zu groß, um effektiv als Instrument der nordostasiatischen Sicherheit dienen zu können. Die ASEAN + 3 ist zwar eine kleinere, besser fokussierte Organisation, aber weder die USA noch Russland gehören ihr an; sie konzentriert ihre Bemühungen auf die einseitige Lösung von südostasiatischen Problemen. Beim ostasiatischen Gipfeltreffen in Kuala Lumpur im letzten Oktober waren die USA ebensowenig einbezogen wie Russland. Dagegen könnten die Sechsparteiengespräche über die Nordkorea-Krise, welche die USA, China, Russland, Japan und Südkorea in einem multilateralen Rahmen zusammengebracht haben, in eine größere, hochrangige Organisation umgewandelt werden. Sie würden einen Sicherheitsmechanismus darstellen, der es China erlaubt, Nordostasiens komplizierte Sicherheitsfragen direkt mit Japan und den USA zu diskutieren.

<sup>1</sup> Die Originalversion lautet: „It shall not be involved in a regional conflict in Northeast Asia against the will of the Korean people.“ Die SCAP (Strategic Consultation for Allied Partnership)-Initiative wurde erstmals am Rande des jährlichen APEC-Gipfels im November 2005 beim Treffen zwischen Präsident George W. Bush und Präsident Roh Moo-hyun in Gyeongju, Südkorea vorgeschlagen, siehe <http://usinfo.state.gov/eap/Archive/2005/Nov/17-779005.html>.